

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
befreiungsgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 236

Freitag 179.

Wildbad, Montag, den 11. Oktober 1920.

Freitag 179.

54. Jahrgang

### 40 Milliarden Besatzungskosten.

Berlin, 7. Okt.

Im Haushaltsanschluß des Reichstags machte gestern Reichschatzminister Scholz auf eine Anfrage über die Höhe der feindlichen Besatzungskosten folgende Mitteilungen:

Bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans im Februar 1920 fehlte jede sichere Unterlage für die Berechnung der Besatzungskosten. Eine Anfrage an die feindliche Rheinlandkommission ist bis heute unbeantwortet geblieben. Marshall Foch antwortete auf eine Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission im Oktober 1919, die deutsche Regierung habe keine Kontrolle zu üben über die Verwendung der angeforderten Markvorschüsse, die ihr auf die Besatzungskosten gutgeschrieben würden. Der einzige Anhalt für die Aufstellung des Haushaltsplans 1920 ergab sich für das Reichschatzministerium aus einer Erklärung des Vorsitzenden der Verbandskommission, Herrn Loucheur, bei den Verhandlungen in Versailles im August 1919 auf die Feststellung des Staatssekretärs Dr. Lewald, daß im besetzten Gebiet Kasernements für 70 000 Mann vorhanden seien: die Zahl würde um etwas höher sein. Das Reichschatzministerium hat die Gesamtbesatzungszahl auf 80 000 Mann und unter Zugrundelegung der für die deutschen Reichswehrsoldaten anzunehmenden Auslagen die Kosten für den regelmäßigen Unterhalt der Besatzung auf 1,92 Milliarden Mark veranschlagt. Unter Zurechnung der Ausgaben für die Beibringungen ist das Reichschatzministerium auf Grund roher Schätzung auf den im Plan eingestellten Betrag von rund drei Milliarden Mark gekommen. Aus den stets wachsenden Anforderungen an Geld und an Sachleistungen mußte bereits in den folgenden Monaten der Schluß gezogen werden, daß dieser Voranschlag hinter den tatsächlichen Kosten zurückbliebe. Die nur mittelbar möglichen Feststellungen über die Besatzungszahl ergab eine Differenz von über 130 000 Mann. Die von den Besatzungsmächten geforderten Barzahlungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen, die sogenannten Markvorschüsse, erreichten von Ende Dezember 1918 bis Ende August 1920 die Summe von 2 313 097 603 Mark. Für die Lieferung von Verpflegungs- und Futtermitteln wurden bis zum gleichen Zeitpunkt etwa 110 Millionen Mark verausgabt. Außerdem ergab sich auf Grund der im September abgeschlossenen Erhebungen, daß die bis Ende März 1920 aufgelassenen Quartier- und Beibringungsentwicklungen auf einen Gesamtbetrag von über fünf Milliarden Mark veranschlagt werden mußten, der zum überwiegenden Teil erst im Rechnungsjahr 1920 zur Auszahlung kommt. Diese Beträge stellen aber nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. Es sieht noch aus der überwiegenden Teil der von den Besatzungsmächten verausgabten Beträge für Besoldung und Unterhalt der Truppen und für von ihnen unmittelbar bezahlte Beibringungen. Der Bericht des französischen Abgeordneten Loucheur in der französischen Kammer schätzt die Kosten der Besatzungsmächte bis zum 1. Mai 1920 auf vier Milliarden Goldmark, was einem Betrag von 40 Milliarden Papiermark entspricht. Es ist nicht ersichtlich, ob Herr Loucheur hiermit lediglich die Kosten der französischen Besatzungsarmee oder die Gesamtkosten im Auge hatte. Geht man von der letzteren Voraussetzung aus, so ergibt sich eine monatliche Ausgabe von 2,3 Milliarden Mark, d. h. eine Mehrausgabe von 27,6 Milliarden in den Plan eingesetzt haben, so geschah dies in der Erwartung, daß die Besatzungsfrage einer radikalen Aenderung unterzogen wird.

Der Reichsrat verlangte hierauf über alle Einzelheiten und Ursachen der hohen Besatzungskosten eingehenden Aufschluß und verwies den Plan des Reichschatzministeriums an den Ausschuss zurück.

**Mailand, 7. Okt.** Nach dem „Corriere della Sera“ hat Marshall Foch im Vorschafsterrat in Paris erklärt, es sei unmöglich, die Stärke der Besatzungstruppen in Deutschland zu vermindern, solange der Friedensvertrag nicht erfüllt sei (Inzwischen sind bekanntlich weitere schwarze Regimenter in die Pfalz gelegt worden.)

### Die Finanzen der Vereinigten Staaten.

In der Konferenz von Brüssel wurde auch der Haushaltsbericht der Vereinigten Staaten vorgelegt und begreiflicherweise allseitig mit größtem Interesse entgegengenommen, sind doch die Vereinigten Staaten, vor dem Krieg ein Schuldnerstaat, inzwischen zum reichsten Land der Welt und zum Geldgeber für fast alle Länder geworden. Nach dem Bericht, der mit dem 30. Juni 1920 abschließt, weisen die Staatseinnahmen in dem letzten Haushaltsjahr einen Ueberschuß von 5,7 Milliarden Dollar (1 Dollar nach heutigem Kurs rund 63 Mark) auf, die Einnahmen an Steuern der einzelnen Staaten und örtlichen Verwaltungen einen Ueberschuß von 2 Milliarden Dollar. Die Staatseinnahmen für das laufende Rechnungsjahr bis zum 30. Juni 1921 sind mit 4 Milliarden Dollar veranschlagt. Der Bericht betont, daß eine Fortsetzung der bisherigen Steuerpolitik beabsichtigt sei, nur solle noch mehr Rücksicht auf die Förderung der Erzeugung und die Möglichkeit einer Kapitalvermehrung genommen werden. Unverzüglich sollen die Kriegsschulden getilgt werden. Der Bericht betont als Ziel die Vermeidung aller Einschränkungen und Regierungskontrollen, Privatunternehmungen sollen Ueberschüsse bringen, damit die Staatsschuld herabgesetzt werden kann und damit Europa die zum Wiederaufbau notwendigen Erzeugnisse (nicht Geld!) erhält. Auch in Amerika sei eine Teuerung zu verzeichnen; diese sei besonders hart für diejenigen Bevölkerungsschichten, deren Einnahmen nicht im gleichen Verhältnis gestiegen seien. Die geschwächte Kaufkraft der Kundenländer Amerikas habe während der letzten Monate Geschäftskrisen hervorgerufen. So hätten die Wollfabriken geschlossen werden müssen; auch die Schuh- und Baumwollindustrie sei hart betroffen worden. Die größte Baumwollgesellschaft des Landes habe ihre Preise um 33 v. H. herabsetzen müssen. Die Eisenbahnen seien trotz hoher Tariffsätze weder finanziell noch materiell in günstiger Lage und könnten den Anforderungen nicht vollständig genügen; doch stammten die Ursachen dazu bereits aus der Zeit vor dem Krieg. Auch beständen gewisse Schwierigkeiten in der Kohlenbeschaffung. Die allseitige Nachfrage nach Kapital hätten das amerikanische Bankensystem auf eine schwere Probe gestellt. Diskontsatz- und Zinsfußerhöhung seien die Folge davon. Der Bericht weist zum Schluß mit Stolz auf die Solidität der amerikanischen Finanzen hin.

Der Stand der Anleihen nach dem Ausland betrug am 31. Dezember 1919 insgesamt 9 373 684 921 Dollar; davon an Belgien 33 873 500, an Tschechien 64 324 041, an Frankreich 2 885 330 800, an Großbritannien 4 219 835 992, an Italien 1 620 922 872, an Rußland 187 729 750, an Serbien 26 780 465, an Rumänien 25 000 000 Dollar, und zwar sind dabei nicht eingerechnet die Anleihen, die ausländische Staaten von sich aus in den Vereinigten Staaten zur Zeichnung durch das Publikum aufgelegt hatten.

Der amerikanische Bericht trägt die Gesichtszüge eines wohlhabenden, wohlhabenden Geschäftsmannes, der seinen Reichtum nicht ungerne zur Schau stellt, aber zudringliche Wirtstherer mit herablassender und moralisierender Rede abweist: macht es wie ich, wenn ihr könnt, und dann — paren, meine Lieben, und sich nach der Decke strecken! — Was die Vereinigten Staaten dem Krieg zu danken haben, zeigt die Außenhandelsstatistik. Der Bericht gibt eine Uebersichtstabelle über das Kalenderjahr 1919 mit interessanten Einzelheiten:

Insgesamt betrug 1919 die Einfuhr 3 904 365 000 Dollar, die Ausfuhr 7 920 426 000, also ein Ausfuhrüberschuß von 4 016 061 000 Dollar. Einen Einfuhrüberschuß nach den Vereinigten Staaten haben zu verzeichnen vor allem Großbritannien mit 1 969 368 259 Dollar Ueberschuß; ebenso Britisch-Indien, Britisch-Afrika, Ägypten, Mexiko, die südamerikanischen Staaten, China und Japan. Aus Deutschland wurde eingeführt für 10 608 401, nach Deutschland ausgeführt für 92 761 314 Dollar; aus Frankreich für 123 819 225, nach Frankreich für 893 359 996; aus Italien für 59 060 065, nach Italien für 442 676 842; aus Holland für 75 506 503, nach Holland für 255 198 740; aus Belgien für 7 700 100, nach Belgien für 377 882 308. So steht der amerikanische Ausfuhrüberschuß nach Frank-

reich an erster Stelle; dann folgen Italien, Belgien, Holland. Aus dem europäischen Ausland wurde eingeführt für 2 953 480, nach Rußland ausgeführt für 30 259 745; aus dem asiatischen Ausland für 6 709 608, dorthin für 52 176 440 Dollar.

### Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Berlin, 10. Okt.

Das Reichskabinett hat den Reichswirtschaftsminister Scholz beauftragt, eine Gesetzesvorlage über die Sozialisierung des Bergbaus auszuarbeiten, ohne aber für den einzuschlagenden Weg bestimmte Richtlinien zu geben. Der Minister solle für seine Vorschläge vollkommen freie Hand haben. Am 8. Oktober trat nun der Wirtschaftsausschuß des Reichswirtschaftsrats zur Besprechung der beiden bekannten Vorschläge der Sozialisierungskommission zusammen. Minister v. Kaumer gab eine Erklärung ab, daß die Reichsregierung den beiden Vorschlägen (weder dem der bedingungslosen Sozialisierung mit Geldabfindung binnen 30 Jahren noch der Ausschaltung des Unternehmergewinns und der Erziehung durch das ziemlich verwickelte Prämienystem) nicht zustimme. Die Regierung stehe auf dem Boden des Beschlusses des Reichswirtschaftsrats vom 24. Juli, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen sei unter Berücksichtigung der Angestellten und Arbeiter zu mitverantwortlichen Trägern dieser Wirtschaft. Art und Form der Sozialisierung werden sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Gegenüber von Zweifeln über die Einheitlichkeit der Stellung des Reichskabinetts, wie sie in verschiedenen Zeitungen und auf dem Fraktionstag der Deutschen Volkspartei in Weimar geäußert wurden, sei festzustellen, daß der Beschluß des Kabinetts vollkommen klar sei. Was die Regierung bringen werde, werde eine durchaus selbständige Vorlage sein. Unter den Kabinettsmitgliedern bestehe darüber keine Meinungsverschiedenheit. Die Forderung der Fraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar, es dürfe nur sozialisiert werden, wenn die Sozialisierung wirtschaftsfördernd wirkt, werde die aus der Deutschen Volkspartei hervorgegangenen Minister in keinerlei Gegensatz zu dem Kabinettsbeschluß bringen.

Hugo Stinnes erklärte, alle Unternehmer seien von der Notwendigkeit eines Umbaus unserer Volkswirtschaft überzeugt. Man könne aber nicht zur Kohlensozialisierung kommen, ehe man nicht wisse, wie der finanzielle Zusammenbruch zu vermeiden sei. Ohne eine Verständigung in der Sozialisierung ginge Deutschland dem Untergang entgegen. Sodann müsse auch auf die Unternehmer Rücksicht genommen werden. Er schlage deshalb einen Unterausschuß zur Prüfung der Frage vor. Nebenher könne die Regierung, die bisher nicht allzu produktiv gewesen sei, eine Vorlage ausarbeiten, die aber nicht allein die Sozialisierung des Bergbaus, sondern unserer ganzen Wirtschaft ins Auge fassen müsse. Gehe die bisherige Bergbauwirtschaft weiter, so werde es keine Gesundheit geben, das Ausland werde auch auf Bankrotteure keine Rücksicht nehmen.

Er wurde darauf beschloßen, einen Unterausschuß von 15 Mitgliedern einzusetzen.

In der Nachmittags Sitzung begründete Zeitlin vom Schriftstellerverband einen Antrag, der Maßnahmen zur Behebung der Notlage der deutschen Wissenschaft fordert. Beim Reich soll beantragt werden, 40 Millionen Mark statt 20 für diesen Zweck in den Reichsvoranschlag einzustellen. Der Vorsitzende, Direktor Kramer teilte mit, daß die deutschen Industriellen beifollos haben, zugunsten der deutschen Forschung einzugreifen.

### Die Wahlen in Oesterreich.

Den „Leipz. N. Nachr.“ wird aus Wien geschrieben: Am 17. Oktober finden die Wahlen zur Nationalversammlung in Oesterreich statt, mit denen eine Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses



Deutschösterreich an Deutschland verbunden sein soll, wogegen allerdings der Verband Einspruch erhoben hat. In der christlichsozialen Partei spielte die Agitation der Habsburgischen Gruppe ein, die erklärte, daß sie für die legitimen Rechte des abgedankten Herrscherhauses eintreten werde. Der neue Parteiführer Kunschak machte auf die „Gefahren“ aufmerksam, die Österreich durch den Anschluß an „das selbst Not leidende Deutschland“ in der wirtschaftlichen und Ernährungskrise drohten. Die Erfahrungen, die die christlichsozialen Führer auf den Länderkonferenzen in Salzburg usw. machten, wo ihnen sehr deutlich vor Augen geführt wurde, daß die alpenländischen Bauern, vor allem die von Tirol und Salzburg, keine Reizung verspürten, eine Wiedereinsetzung der Habsburger zu dulden, haben aber einen vollkommenen Umschwung verursacht. Auch die Christlichsozialen sind nunmehr bereit, der großdeutschen Anregung, gleichzeitig mit den Wahlen eine Volksabstimmung für die Anschlußfrage vorzunehmen, zuzustimmen.

Auch im sozialdemokratischen Lager kann man ähnliche Erscheinungen beobachten. Herr Renner war die etwas höflichere Aufnahme der Österreicher in St. Germain im Vergleich zu der der deutschen Friedensdelegation zuteil gewordenen Behandlung durch die Entente zu Kopie gestiegen. Er erforderte damals das Wort von der „westlichen Orientierung“. Als er aber sah, daß die Stimmung für den Anschluß immer stärker wurde, versicherte er, im Westen Deutschösterreich liege ja auch Deutschland, und er habe mit seinem westlichen Kurie nichts anderes gemeint, als das Hand-in-Hand-Gehen mit Deutschland. Geglauht hat ihm das natürlich niemand, auch kein Sozialdemokrat, aber man ist vorläufig zufrieden damit, daß auch er einschwenken und der die Wähler der Alpenländer beherrschenden nationalen Stimmung Rechnung tragen mußte.

Hinsichtlich der Zusammenlegung der neuen Volksvertretung erwartet man freilich keine besonderen Veränderungen gegenüber den jetzigen Verhältnissen. Gegenwärtig haben 69 Christlichsozialen 71 Sozialdemokraten gegenüber, und an diesem Zahlenverhältnis dürfte sich nicht allzuviel ändern; aber man erhofft sich im christlichsozialen Lager, daß das Verhältnis diesmal umgekehrt sein werde. Und man würde damit zufrieden sein, da, wenn auch nur eine so kleine Verschiebung der Mandatszahlen einträte, die Christlichsozialen das Recht hätten, die wichtigsten Staatssekretärposten für sich zu beanspruchen, weil jetzt auf Grund ihrer Ueberlegenheit um diese zwei Mandate die Sozialdemokraten daraus ihr Recht auf eben diese Posten ableiten.

Auf allzu große Veränderungen im Stärkeverhältnis der Parteien darf man aber nicht rechnen. Das wird schon durch das mutmaßliche Ergebnis der Wahlen in Wien verhindert, das für das Reich Deutschösterreich eine ganz andere Bedeutung hat als etwa Berlin für das große Deutschland. Die bürgerlichen Parteien haben gerade in Wien mit seinen großen Arbeitermassen besondere Aussichten auf Mandatsergebnisse. Wiens Bevölkerung hat sich von etwa 2.200.000 Einwohnern im Jahre 1914 auf etwa 1.800.000 vermindert. Man nimmt heute in amtlichen Kreisen, aus denen diese Ziffern stammen, an, daß sich die Zahl der Tschechen um etwa 100.000 vermindert hat, so daß nur noch etwa 100.000 Tschechen in Wien leben. Gleich stark schätzt man den Einfluß an sonstigen fremden Nationen. Die Zahl der Juden soll von 250.000 auf etwa 600.000 gestiegen sein, für die eigentliche deutsche Bevölkerung bliebe nur eine Million übrig. Aus dieser müssen sich die beiden deutschen bürgerlichen Parteien, die Großdeutschen und die Christlichsozialen, ihre Anhänger auslesen.

Dazu kommt noch, daß die Aufhebung der Verbindungslosigkeit zwischen den Listen der bürgerlichen Parteien die Aussichten der Sozialdemokraten verbessert, die den jetzt herrschenden bürgerlichen Parteien geschlossen gegenüberstehen. Auf den Wahllisten stehen fast überall dieselben Namen als Führer, wie das letztmal, außerdem wird sich das Bild der neuen Nationalversammlung also nur wenig von dem der jetzigen unterscheiden. Nur ein Unterschied wird sich bemerkbar machen, man wird weniger Frauen in ihr sehen, als jetzt. Die meisten weiblichen Abgeordneten haben in allen Parteilagern verlagert und sich durch eine extreme Haltung hervorgetan, die sie um die Sympathien ihrer bisherigen Wählerinnen gebracht hat. Besonders gilt dies auch von den christlichsozialen Abgeordneten weiblichen Geschlechts, die die Hausfrauen durch das Hausgehilfenengesetz verärgert haben, das in der Tat Härten im Gefolge gehabt hat, die es begreiflich erscheinen lassen, daß die Frauen des deutschen Mittelstands von einer Fortsetzung dieser Art von Sozialreform nichts mehr wissen wollen. Man hat die Frauen in den Kandidatenlisten überall auf ziemlich aussichtslose Posten gestellt.

## Neues vom Tage.

### Deutsch-palästinensischer Schiffsverkehr.

Berlin, 10. Okt. Laut Konistischer Korrespondenz hat die deutsche Levante-Linie von der englischen Regierung die Erlaubnis erhalten, die Häfen des jüdischen Freihaufes Palästina anzufahren, was bei dem dort herrschenden Mangel an Schiffsraum lebhaft begrüßt werde.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 10. Okt. Frankreich hat in letzter Zeit seine Besatzungstruppen bedeutend vermindert; nach zuverlässigen Mitteilungen sollen in der Pfalz und im Rheinland 150.000 Mann sein. Dazu werden immer größere Anlangen für die Unterkunft, Übungsplätze usw. verlangt, die für ein Heer von mindestens 400.000 Mann ausreichten erscheinen.

Genf, 8. Okt. Das französische Finanzministerium teilt mit, daß nunmehr alle übrigen Ministerien ihre Ausgabenberechnung für 1920 eingereicht haben und daß das Kriegsministerium allein seine Ausgaben derart er-

höhte, daß der Entwurf 1921 26 Milliarden regelmäßige Ausgaben beansprucht gegenüber 22 Milliarden im Jahre 1920. Dazu kommt ein Plan der außerordentlichen Ausgaben in der Höhe von 24 Milliarden für den Wiederaufbau der vom Krieg betroffenen Provinzen und die Unterhaltung der Truppen im besetzten Gebiet. Diese riesigen Ausgaben sollen einfach als Kriegsschädigung Deutschland zugeschrieben werden. Danach hätte Deutschland nach der Valuta im Jahre 1921 nahezu 100 Milliarden Mark an Frankreich zu zahlen.

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 10. Okt. Havas meldet, die französische Regierung habe beim Völkerrat beantragt, die Abstimmung in Oberschlesien für die erste Dezemberwoche anzuberaumen.

Der „Basler Nationalzeitung“ zufolge, soll der italienische Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt die Zusicherung gegeben haben, daß Italien seiner Entscheidung über die Wiederherstellung und über Oberschlesien zustimmen werde, die mit den Bestimmungen des Friedensvertrags nicht im Einklang stünde.

London, 10. Okt. „Daily Telegraph“ meldet, in Paris seien Mitglieder der Verbandskommission aus Berlin eingetroffen, um dem Völkerrat über die deutsche Stenergegebung Bericht zu erstatten. Der Völkerrat wird die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen.

### Die deutschen Kreuzer.

Brest, 9. Okt. Hier sind drei deutsche Kreuzer angekommen. Einer ist für Frankreich, zwei sind für Italien bestimmt. Auf der Reede von Nouen ist ein von Deutschland abgeliefertes Schwimmdock angekommen.

### Die schweizerischen Bauern gegen das Internationale Arbeitsamt.

Brugg (Kanton Aargau), 10. Okt. Der Vorstand des schweizerischen Bauernverbands erläßt einen Aufruf an alle landwirtschaftlichen Vereinigungen der Welt, die zu dem vom Internationalen Arbeitsamt auf 4. April 1921 einberufenen Kongress nach Genf eingeladen sind. Er teilt darin mit, daß die schweizerische Bauernschaft die Anwendung der Washingtoner Beschlüsse des Arbeitsamts auf die Landarbeiter ablehnt und ebenso die internationale Regelung der Arbeit in der Landwirtschaft. Alle landwirtschaftlichen Vereinigungen der Welt werden aufgefordert, ihre Regierungen zu veranlassen, daß sie ebenfalls die diesbezüglichen Beschlüsse und Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamts ablehnen.

### Der englisch-französische Notenwechsel.

Paris, 10. Okt. Laut „Petit Parisien“ hat die französische Regierung auf die englische Note, in der Frankreich aufgefordert wird, zur Regelung der Wiederherstellungsfrage baldigst eine Finanzkonferenz nach Genf einzuberufen, geantwortet, niemand habe in Spa eine internationale Konferenz vorgezogen. Es sollte nur eine Sachverständigen-Konferenz stattfinden, der wenn möglich eine besondere französische Kommission angehören soll. Vorher sollten sich die technischen Berater zusammensuchen, um alle technischen Fragen zu klären, ehe sich die Finanzmänner besprechen.

### Vertrauenskundgebung für Lloyd George.

Amsterdam, 9. Okt. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, hielt Lloyd George auf der Jahresversammlung des Nationalrats der liberalen Partei von Wales in Landudno eine Rede, in der er den Gedanken der Koalitionsregierung verteidigte und darauf hinwies, daß Asquith selbst im Jahr 1915 die erste Koalitionsregierung gebildet habe. Alle Kriegsländer haben während des Kriegs und nach dem Krieg Koalitionsregierungen gebildet außer Amerika. Zu der Bergarbeiterfrage erklärte Lloyd George, es werde von den Bergleuten nur verlangt, daß die Steinkohlenförderung so werde, wie sie im ersten Viertel dieses Jahres war, dann könnten sie zweifellos Lohn erhöhungen erhalten. Zur russischen Frage führte Lloyd George aus, es habe keinen Zweck, Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen, die kein Vertrauen zu erwecken wisse, ihr Wort nicht halte und unter der Maske des Friedensfreunds in England das politische Leben zu vergiften trachte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Vertrauenskundgebung für Lloyd George an.

### Krieg im Osten.

Miga, 10. Okt. Die Gebietskommission der Friedenskonferenz hat unter Zustimmung beider Parteien die Unabhängigkeit Weißrusslands anerkannt. Die Weißrussen bewohnen den größeren (nördlichen) Teil des Gouvernements Grodno, ferner die Gouvernements Witebsk, Wilna, Teile von Smolensk, Mählen, Minsk und Tschernigow. Ueber die Volkszahl schwanken die Angaben zwischen 6 und 8 Millionen. Ihre Religion ist, da sie bis 1772 unter polnischer Herrschaft standen, die römisch-katholische geworden. Vom 14. bis 16. Jahrhundert gehörten sie zum litauischen Reich.

Wilna, 10. Okt. Der Friedensvertrag zwischen Litauern und Polen ist unterzeichnet worden. — Wegen der fortgesetzten Angriffe der Polen hat die litauische Regierung den Verband erloscht, die Stadt Wilna vorläufig in Verwaltung zu nehmen.

Nach einem Telegramm aus Sewastopol ist zwischen General Wrangel und den Führern der Don-, Kuban-, Terek- und Astrachan-Kosaken ein Bündnis abgeschlossen worden.

Laut „Temps“ gibt die Eisenbahnstation einen Moskauer Funkpruch wieder, wonach die Truppen des Generals Wrangel 25 Kilometer vor Charow stehen.

Aus Warschau wird gemeldet, der frühere Höchstkommandierende, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der Oheim des ermordeten Zaren, befindet sich im Stab des Generals Wrangel. Da mit Polen Frieden geschlossen wird, verlassen viele Offiziere und Soldaten, die unter dem Zaren gedient haben und aus Haß gegen Polen mit dem roten Heer gekämpft hat-

ten, die bolschewistische Armee und schloßen sich Wrangel an.

London, 10. Okt. Die englische Regierung hat die Moskauer Sowjetregierung aufgefordert, in der Zeit von drei Tagen bestimmte Erklärungen über die Freilassung der englischen Gefangenen abzugeben, widrigenfalls die englische Regierung besondere Maßnahmen ergreifen werde. Die Antwort ist schon in London eingetroffen. Die Sowjetregierung stimmt der Freilassung zu, schlägt aber vor, bezüglich der in Baku befindlichen Gefangenen einen Vertreter zu Unterhandlungen nach Tiflis zu senden. Die englische Regierung ist durch die Antwort nicht befriedigt und Minister Curzon wird wahrscheinlich eine weitere Note nach Moskau senden.

Gelingsfors, 10. Okt. Ein Telegramm Tschujschewins, des Sowjetkommisars für Auswärtiges, an die rumänische Regierung gibt erneut den Wunsch zu erkennen, friedliche Beziehungen mit Rumänien herzustellen. Es werden Verhandlungen vorgeschlagen.

### Aufstand in Moskau?

London, 10. Okt. Nach einer Nachricht aus Riga behauptet sich das Gerücht hartnäckig, daß in Moskau ein großer Aufstand gegen die Bolschewisten ausgedrohen sei.

### Der Streit im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 10. Okt. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ meint, der Streit im Zeitungsgewerbe werde anscheinend nicht so bald beigelegt werden können. — In einer Versammlung der Obente der Buchdender wurde behauptet, an der Ausübung bzw. dem Streit seien 13.000 Personen des technischen Personals und 3000 Angestellte beteiligt. Nach dem „Vorwärts“ droht auch im Eisenhandel ein Streit.

Drei Milliarden neues tschechisches Papiergeld. Prag, 10. Okt. Das staatliche Bankamt der Tschechoslowakei wird für den Bedarf der Papierindustrie einen Kredit von 3 Milliarden Kronen lässig gemacht.

### Internationale Verkehrsfragen.

Washington, 10. Okt. Vertreter der Vereinigten Staaten, Englands und seiner Großkolonien, Frankreichs und Italiens vereinigten sich gestern, um Verkehrsfragen für eine später einzuberufende internationale Verkehrs-konferenz vorzubereiten. Wie verlautet, verlor Amerika die Ueberlassung der ehemals deutschen Kabel.

### Chinesische Kohlen.

Liverpool, 10. Okt. In New Castle sind 100.000 Tonnen chinesischer Kohlen eingetroffen. Die Qualität der Kohlen soll gut sein. Wenn genügend Schiffsraum vorhanden wäre, so könnte diese Kohle, wie berichtet wird, zu einem niedrigeren Preis als die englische Kohle verkauft werden. (Der Kohlenreichtum Chinas ist so groß, daß die ganze Welt mit Kohlen auf 1000 Jahre versorgt werden könnte. Kohlenlager sind in allen Teilen des großen Reichs zu finden. D. Schr.)

Berlin, 10. Okt. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat in der Brotgetreidefrage die Beschlüsse des Unter Ausschusses bestätigt. Der Mehrpreis für ausländisches Getreide soll also aus der Reichskasse gedeckt werden. — Der Ausschuss hat ferner einem Antrag zugestimmt, die Einfuhr von Pilsener Bier nach Möglichkeit einzuschränken und beschließen, daß jährlich 400.000 Sad Kaffee zur Einfuhr freigegeben werden sollen.

München, 10. Okt. Die Besprechungen des Reichswirtschaftsministers Scholz mit den bayerischen Ministern und den Vertretern der verschiedenen Berufsweige ergaben eine erfreuliche Uebereinstimmung der Anschauungen. Insbesondere sollen auch die Bedürfnisse der bayer. Landwirtschaft Berücksichtigung finden und statt übermäßiger Zentralisierung jede mögliche Freigabe des Wirtschaftslebens und eine gesunde Verteilung der Zuständigkeit Platz greifen. Bei der Kohlenverteilung soll die Pfalz gebührend berücksichtigt werden.

Saarbrücken, 10. Okt. Die Frist für den Rücktritt der Bergwerksbeamten des Saargebietes in den Reichlichen Staatsdienst soll bis zum 6. März 1920 verlängert werden.

Brüssel, 10. Okt. Der Senat hat die Besprechung des Gesetzes zur gesetzlichen Einführung des Achtkundentags begonnen.

Paris, 10. Okt. Infolge des Rückganges der Rohpreise haben die Industriellen beschloßen, die Metallpreise um 20 Prozent zu ermäßigen.

Paris, 10. Okt. Der ehemalige russische Botschafter in Paris, Malakoff ist zum Botschafter der Regierung von Südrussland, d. h. des Generals Wrangel, in Paris ernannt worden.

### Die Wünschelruttenforschung.

Der bekannte Metallwünschelruttenforscher Otto Eder von Graeve aus Bernerode im Harz hat soeben eine Forschungsreise durch Baden beendet. Von Bayern kommend, stellte er zuerst für die Gemeinden Groß-Rinderfeld und Kesselhanien (Amt Tauberbischofsheim), sowie für Gemeinde und Winzerverein Beckstein auf deren Aufforderung ausgiebige Wasseraderfest. Im Anschluß an diese Forschungen erschloß Herr v. Graeve auf der als äußerst wasserarm bekannten und bedrohten wenig besiedelten Gemarkung Obenheim (Amt Bruchsal) reichlich Wasser, so daß jetzt dort Anhebungen vorgenommen werden können. Außerdem stellte er bei Obenheim abbaufähige Kalilager fest. Nach seiner Meinung ist anzunehmen, daß auf rechtsrheinischem Gebiet ebensolche Kalilager vorhanden sind, wie die von ihm seiner Zeit erschlossenen Lager in der Rheinpalte zwischen Wörth und Mülhausen. In der Nähe von Langenbrücken werden bereits Vorkommen von einem bekannten Unternehmer auf Erze ausgeführt.

Nach Abschluß einer erfolgreichen Forschung für das Wasserwerk Bruchsal begab sich Herr v. Graeve dann nach Badenweiler, um dort auf Einladung des früheren Großherzogs einen Vortrag über die Wünschelrutten und seine erfolgreiche Wünschelruttenforschung zu halten.



Im Anschluß an den Vortrag führte Herr v. Graebe Bericht im Schlosspark aus und besichtigte die Badenweiler Heilquellen. Bei Besichtigung der Quellen setzte Herr v. Graebe auseinander, daß nach seiner Ansicht die jetzigen Quellen auf Ausbissen oder sogenannten „Quellen“ liegen. Bei Erbohrung der eigentlichen Muttergewässer könnten neue Quellen geschaffen werden, die die alten an Wärme, Ergiebigkeit und Austrieb ganz lebendig überträfen. Anzeichen für diese Mutmaßungen hätten die Forschungen im Schlosspark ergeben, wo er sehr starke heiße Spalten gefunden hätte.

**Erhöhung der Zuckerration?** Aus Fachkreisen wird geschrieben: Ingesamt rechnet man für das Deutsche Reich nach neuester Feststellung mit 22 Millionen Zentnern Zuckervertrag neuer Ernte gegenüber 15 Millionen Zentnern im Vorjahr, wozu allerdings damals noch 4 Millionen Zentner Vorräte traten. Das Mehr wird also 3 Millionen Zentner betragen. Die Zuckerration dürfte im November erhöht werden.

### Neue Unruhen in Italien.

**Mailand, 10. Okt.** In den Elektrizitätswerken brach plötzlich ein Aufruhr aus. Die Arbeiter besetzten die Werke. Zugverkehr und Beleuchtung sind unterbrochen.

**Paris 10. Okt.** Die portugiesische Gesandtschaft bereitet die Nachricht von einem Generalstreik in Portugal. Es bestche lediglich ein Teilstreik der Eisenbahner.

### Handelstiskonferenz.

**London, 10. Okt.** Als Folge der Finanzkonferenz in Brüssel, die am 8. Oktober geschlossen wurde, soll eine internationale Handelskonferenz nach London einberufen werden, um die Frage der Handelskredite an Angehörige der Festlandstaaten zu beraten.

### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

**Geldmarkt.** Das deutsche Valutaeld nimmt wieder zu. Ueber die Gründe gehen die Ansichten auseinander, aber sie können schließlich doch nur in der Hauptfrage aus dem Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr liegen. Die Erzeugnisse von wenig exportfähigen Waren und haben eine viel zu große Einfuhr. Daß unsere inneren Verhältnisse eine Mißschuld tragen, liegt auf der Hand. Die deutsche Mark ist in Zürich am 8. Oktober auf 98 Rappen gefallen. Die übrigen Geldsätze haben sich nicht geändert. Nur alle Devisen sind in erschreckendem Steigen begriffen.

**Börse.** Die Börse wurde durch den Reichsbankausweis vom Quartalschluß mit seinem ungeheuren Notenumlauf von 61 1/2 Milliarden und den sonstigen Bemerkungen für die unerträgliche Kreditanspannung eindrucklich an die Wirklichkeit der Dinge erinnert. Auch die angekündigte zweitägige Unterbrechung des Börsenverkehrs in der kommenden Woche und Besorgnisse wegen der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse haben die Stimmung sehr gedämpft. Die Woche war namentlich gegen den Schluß durch eine schwache Tendenz charakterisiert und ergab vielfach empfindliche Kursrückgänge. Nur die Valutapapiere profitierten wie üblich von unserem Gläubigermaßstab gut gehalten wird der Bankmarkt. Dasselbe gilt auch von dem Verkehr mit festverzinslichen Anlagewerten: Kriegsanleihe 79.15, 4proz. Württemberger 84.25.

**Produktenmarkt.** Je mehr es sich herausstellt, daß die deutsche Ernte überschätzt worden ist, desto reger gestaltet sich im Produktionsverkehre die Nachfrage nach den einzelnen Erzeugnissen. Der Zentner Weizen kostet in Berlin (ab Station) 28-31, Roggen 37-40, Stroh 21-24 Mk. Speiseerbsen stellen sich auf 200-285, Linsen auf 400-400, Kaps auf 405, Mohr auf 500-550 Mk. Eine zuverlässige Haterntschätzung. Um Kartoffeln herrscht ein heftiger Kampf zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Die Preise fallen zum Teil unter das Wucherergesetz. Dasselbe gilt vom Obst. Das Hopfengeschäft ist der Hauptsache nach beendet. Das Weingewerbe geht langsam von staten.

**Warenmarkt.** Die Kohlenverföhrung verschlechtert sich. Die Industrie ist vielfach auf Ersatzstoffe angewiesen, die ebenfalls teurer wie mindereverföhrung sind. Vom Eisenmarkt Neues zu berichten. Die Petroleumpreise sind mit 6 Mark für das Liter beim Händler und 6.15 Mk. frei Haus neu geregelt worden. Von einem Preisabbau ist im übrigen keine Rede mehr; die meisten Artikel beginnen wieder anzuziehen. Von der Frankfurter Herbstmesse wird über einen glänzenden Verkauf berichtet, aber die Hauptlandschaft war eben doch das Inland.

**Wiedmarkt.** Schon aus dem Ansehen der Großviehhäute und Kalbfelle bis zu 40 Proz. läßt sich erkennen, wie rar und teuer das Vieh wieder geworden ist. Auch die Pferdepreise haben von neuem angezogen. Ferkelpreise werden selten bekannt, stehen aber im allgemeinen wieder auf 300 Mark.

**Holzmarkt.** Die herbstliche Holzkampagne hat begonnen. Der Umsatz hat wieder zugenommen, wobei Nadelstammholz auf das Brettergeschäft leidet unter der immer noch darniederliegenden Bautätigkeit, doch scheinen sich die Aussichten etwas zu bessern.

### Kurzer Wochenbericht

der Preisberichte des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 2. bis 7. Oktober 1920.

Wals loko Hamburg wurde an der Berliner Produktionsbörse am 7. Oktober mit 185 Mk. für 50 Kg. netto, schwimmende Ware mit 183 Mk., November-Dezember-Lieferung mit 176 bis 177 Mk.

**Kartoffelpreise:** Erzeugerpreise je ein Zentner ab Bahnstation für Speisekartoffeln:

	weiße	rote	gelbe
Hamburg, 7. Okt.	30-32 Mk.	28-30 Mk.	31-33 Mk.
Stettin, 7. Okt.	26-27 Mk.	26-27 Mk.	30-00 Mk.
Schwettin, 5. Okt.	29-31 Mk.	28-29 Mk.	00-00 Mk.

**Viehmarkt:** Berlin. Preise je Ztr. Lebendgewicht: Rinder 400-850 Mk., Schweine 1000-1500 Mk., Kälber 600 bis 850 Mk., Schafe 350-750 Mk., Magervieh Hof-Friedrichs-feld. Milchkuhe 3500-7500 Mk. je Stück, trag. Färsen 4000 bis 6000 Mk., Zugschaf 6000-7500 Mk., Jungvieh zur Mast, Bullen, Stiere, Färsen je Ztr. Lebendgewicht, 450-550 Mk., Bullen zur Mast 600-700 Mk., Elberfeld. Dachsen 600-650 Mk., Bullen 600-725 Mk., Färsen und Kühe 500-750 Mk., Kälber bis 800 Mk., Schweine 1650-1760 Mk. der Zentner Lebendgewicht.

### Bermischtes.

Ein Festschmaus mit Hindernissen. Anlässlich seiner 100-Jahrfeier hatte der Industrieverein in Nürnberg ein Diner für etwa 1000 Personen angelegt. Als es beginnen sollte, erklärten die 50 Kellner, die vom Arbeitsamt zugewiesen waren, daß sie nur fernbleiben, wenn man ihnen 10 Proz. des Umfahes zukommen lasse. Die Geschäftsleitung verhandelte mit den Kauten, und so konnte es ermöglicht werden, daß mit über einer halbtägigen Verzögerung der Schmaus beginnen konnte.

**Mord.** Der Kriegsinvalide Georg Heinelein, ein Arbeiter Bauernhof, wurde im Wald bei Gellheim Bez. A. Dinkelsbühl, mit einer Schußwunde am Kopf ermordet aufgefunden. Als der Tat drinaend verdächtig wurde der Pled-

haber der Schwester des Ermordeten, ein Bauernnecht, verhaftet. Heinelein lebte mit seiner Mutter und Schwester zusammen. Der Mörder, der sich nicht ausweisen kann, scheint die Tat begangen zu haben, um sich in den Besitz des großen Bauernguts zu setzen.

**Wieder ein Millionendiebstahl.** Aus dem Hauptpostamt Charlottenburg-Berlin sind bei einem Einbruch preußische Stempelmarken im Betrag von einer Million Mark, sowie Reispapierformulare mit dem eingedruckten Stempel „Ueber drei Mark“ gestohlen worden.

**Unverlaubte Ausfuhr.** Der Direktor der chemischen Fabrik Magdeburg-Buckau, Dr. Arnold, der Prokurist Duppong und einige andere Angestellte sind wegen Verkaufs großer Mengen Natrium und Kalilauge ins Ausland ohne Ausfuhrerlaubnis verhaftet worden.

**Zeichen der Zeit.** Bei den jüngsten Ueberschwemmungen im Salzburgerischen war es, daß das Wasser einem Blauerlein zu gleicher Zeit einen alten Schuh und einen Taufendäroneisen fort. Rasch stürzte der Mann sich ins Wasser und rettete den alten Schuh. Die tausend Kronen ließ er schwimmen. — 1000 Kronen sind etwa 216 Papiermark.

**Großer Brand.** Im Hasen von Galkofen (Legas, Nordamerika) brach ein Brand aus, der ein Drittel der Stadt in Asche legte. Große Vorräte an Baumwolle und Schwefel sind verbrannt. Elf Straßen des Regierungsviertels sind vernichtet. Der Schaden wird auf 10 bis 12 Millionen Dollar geschätzt.

### Württemberg.

**Stuttgart, 11. Okt.** (Besuch des Reichswirtschaftsministers.) Reichswirtschaftsminister Scholz wird, von München kommend, heute hier im Arbeitsministerium eine Besprechung mit industriellen Kreisen haben.

**Stuttgart, 10. Okt.** (Zur Fideikommissfrage.) Das Statistische Landesamt veröffentlicht im Jahrgang 1919 der „Württ. Jahrbücher für statistische Landeskunde“ eine Abhandlung über die Fideikommissfrage, die für Interessenten wertvolle Aufschlüsse gibt. Sonderabdrücke können von der Kartenverkaufsstelle des Stat. Landesamts, Stuttgart, Büchsenstr. 54, zum ermäßigten Preis von 5,20 Mark, ohne Karte 4 Mark, bezogen werden.

**Stuttgart, 10. Okt.** Aus Berlin und München wurde berichtet, daß es dort ganze Banden der traurigen Gesellen gibt, die durch Angebereien bei den feindlichen Ueberwachungskommissionen sich reichlichen Verdienst verschaffen. Dem „N. Z.“ wird nun mitgeteilt, daß auch in Stuttgart eine gewisse Schiebergesellschaft ihr elendes Leben damit fristet, Spitzeldienste für unsere Feinde, unter Leitung eines von Zeit zu Zeit in Stuttgart auftauchenden französischen Geheimagenten, zu leisten. „Es würde sich hier für die in Betracht kommenden Behörden ein gutes Betätigungsfeld bieten, wenn diese gerade gegen solche verdamnungswürdigen Elemente mit rücksichtsloser Härte vorgingen. Ich bin als Auslandsdeutscher vier Wochen lang mit einer solchen Verärgelungsgesellschaft beschäftigt und nur der unverzeihlichen Schwäche der in Betracht kommenden Behörden ist es zuzuschreiben, wenn heute 20-30 solcher trauriger Gesellen sich ihres Judasloths erfreuen und unbehelligt ihr abscheuliches Gewerbe weiter betreiben.“

**Waldlingen, 10. Okt.** (Ueberfahren.) Der 5-jährige Knabe des Friedrich Had ist von einem Stuttgarter Personauto überfahren worden. Das Kind wurde von dem Besitzer des Autos ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert; sein Befinden ist besorgniserregend.

**Waldlingen a. G., 10. Okt.** (Ein Milchprozeß.) Der Prozeß wegen der Sersheimer Milchlieferung kam vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt waren 40 Sersheimer Landwirte wegen ungesetzlicher Milchabgabe an Verbraucher und Hamsterer. Die Staatsanwaltschaft hatte ursprünglich Strafen in Höhe von insgesamt etwa 23 000 Mark beantragt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die meisten Angeklagten ihr Lieferungsoll erfüllt haben. Sie hielten sich für berechtigt, Milch direkt an Sersheimer Versorgungsberechtigten abzugeben, da in Sersheim keine Milchabgabestelle besteht. Die nach Pforzheim zu liefernde Milch (etwa 225 Liter täglich) wird lediglich in einer von der Gemeinde eingerichteten Stelle gesammelt. Es wurden nur drei Landwirte verurteilt, die den Nachweis nicht zu führen vermochten, daß sie ihr Lieferungsoll erfüllt haben. Sie erhielten Strafen von 100, 150 und 300 Mk. und haben die Kosten zu tragen. Die Kosten der übrigen Angeklagten werden auf die Staatskasse übernommen.

**Tübingen, 10. Okt.** (Ein guter Fang.) Zwei verdächtige Personen, die bei einer Bank einen großen Geldebetrag abgehoben hatten, wurden mit ihrem Auto angehalten und zur Polizei gebracht. Dort entflohen einer der Männer mit 10 000 Mk. Papiergeld, wurde aber, trotzdem er vom Revolver gegen seine Verfolger Gebrauch machte, wieder eingefangen.

**Wurzach, 10. Okt.** Die Vertreter des württ. Städte- tags trafen gestern vormittag hier ein, um den Torfbetrieb und die Torfwerke im Reich zu besichtigen.

**Waldsee, 10. Okt.** (Kirchenraub.) In der Aulendorfer Kirche wurden die zwei an den Nebenaltären in Glasfärgen aufgestellten Reliquien ihres Schmucks beraubt. Der Räuber hat sich wahrscheinlich abends einschließen lassen und ist dann durch das Fenster entkommen.

Das Erscheinen eines neuen Konkurrenzblatts für den „Schiffenboten“ und das „Waldseeer Tagblatt“, das von „Abt-Schiffenried“ in 2 oder 3 Probenummern herausgegeben war, ist durch die Reichsstelle für Druckpapierverteilung verhindert worden, weil der neue Verleger nicht um die Druckerlaubnis bzw. Papierbelieferung nachsuchte. Es soll nun zum Prozeß kommen.

### Herbstberichte.

**Meusbrunn, 9. Okt.** (Der „Eisinger“.) Im Eisingerberg ist die erste Winterreise verfeuert worden. Das Quantum war infolge eines größeren Hagelschlags bescheiden, 10 Hektoliter Forstgüter und je 4 Hektoliter Cleener und Nachlese wurden ausgegeben. Die Zahl der Pflücker war wie immer bei der Verteilung dieses Qualitätsweines bedeutend. Bezahlte wurde für den Forstgüter 3000 und für den Cleener 5400 Mk. für den Eimer.

**Stuttgart, 10. Okt.** Die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ glaubt vorzeitigem Einbruch des Weins wachen zu sollen, da die Preise an Weiden begünstigt seien.

### Baden.

**Karlsruhe, 10. Okt.** In der letzten Sitzung des Uneraussschusses der Preisprüfungskommission für Fleisch und Fleischwaren, in der die von uns schon gemeldete außerordentliche Erhöhung der Fleischpreise beschlossen wurde, wurde von seiten der Metzgermeister dazugelegt, daß der Zusammenbruch der Fleischverforgung kaum zu vermeiden sein werde. Das Land Baden sei nicht mehr fähig, den Fleischbedarf der städtischen Bevölkerung zu decken. Infolge Fehlens einer Uebergangsbestimmung nach Aufhebung der Zwangsbeschaffung sei ein Raubbau in der Fleischbewirtschaftung erfolgt, wodurch der in Baden verfügbare Bestand an Schlachtvieh nahezu aufgebraucht sei. Die Landwirte und die Viehzüchter steigerten ihre Preise immer mehr in die Höhe. Dazu komme, daß die Staaten ringsumher die Zufuhr nach Baden sperren. Man habe eine kleine Anzahl Schlachtvieh aus Norddeutschland erhalten; der Preis für das Pfund Lebendgewicht dieser Tiere verlaufe sich aber unter Einzurechnung aller Unkosten auf 17.40 Mk. Altoria und Holfstein hätten es abgelehnt, die süddeutschen Ecke, die es mit der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung so eilig gehabt habe, Fleisch zu liefern. Da die Viehhändler aus dem bestetzten Gebiet in Norddeutschland jeden Preis bezahlen, so könne Süddeutschland dort nicht mehr mithalten. Wenn es nicht gelinge, durch Einführung einer Planwirtschaft eine Aenderung herbeizuführen, so sei der Zusammenbruch des Ernährungswesens, insbesondere der Fleischverforgung unvermeidlich.

**Sinsheim, 10. Okt.** Wie die „Waldsee“ berichtet, wurde der Bäcker Johann Zeller zur Anzeige gebracht, weil er schon mehrmals einem Gastwirt in Ziegelhausen b. Heidelberg Badmehl lieferte, das aus Weizenmehl hergestellt war, das dem Bäcker vom Kommunalverband für die Gemeinde Abersbach geliefert wurde. Einmal wurde Zeller in Ziegelhausen erwischt, als er über 500 Salzweiden und Salzbrezeln dorthin brachte.

**Zauberbischofsheim, 10. Okt.** Die Kartoffelernte ist im flotten Gange. Der Ertrag fällt reichlich aus. Wie der „Zauberbote“ meldet, haben sich aber auch fremde Händler eingefunden, die die Preise in die Höhe treiben. Ein Händler, der keine Handelserechtskarte hatte, sieht seiner strafrechtlichen Verfolgung entgegen.

**Billingen, 10. Okt.** Eine der ältesten Kirchen der Saar ist diejenige von Mündweiler, die urkundlich schon im 12. Jahrhundert erwähnt wird. Sie enthält ein kunstvolles Sakramenthäuschen, für das von Altertumsforschern schon bedeutende Beiträge gebohrt wurden. Langschiff und Chor werden jetzt durch kunstvoller Säger aus Billingen nach Entwürfen von Dr. Weiß einer stilvollen Ausmalung unterzogen. Im Langhaus sollen dabei auch die Bildnisse von Luther, Melancthon und anderen Reformatoren angebracht werden.

### Locales.

**Württembergische Soldatenfriedhöfe in den Argonnen.** Zuverlässigen Nachrichten aus Frankreich vom August d. J. zufolge befinden sich die Soldatenfriedhöfe der deutschen Truppen in den Argonnen fast durchweg in gutem Zustand. Der Wald trägt immer noch das Gepräge des Kriegs, die deutschen Waldbauer sind in weitem Umfang erhalten; sie, wie auch Wege und Gräben zeigen noch auf Tafeln die alten Bezeichnungen: „König Karls-Quelle“, Holzweg, Württembergischer Weg, Conzuelle, Dessauerplatz usw. Von Friedhöfen liegt eine ausführliche Schilderung über den Friedhof des Grenadier-Regiments König Karl (5. Württ.) Nr. 123 vor. Sie besagt, daß der Friedhof wohl erhalten ist, nur habe die mächtig aufstrebende Vegetation Kreuze und Grabsteine wild überwuchert, so daß der ganze weite Friedhof einem märchenhaften Rosengarten im dichten Wald gleiche. Mitten darin das Denkmal des Regiments, dessen Inschrift bis auf einige abgesprungene Buchstaben wohl erhalten ist. Es wird wie einst überragt von dem großen Kreuz mit seiner französischen Inschrift. Daß die Inschriften der Grabkreuze teilweise unleserlich sind, erklärt die Zeit und die Blumen, die alles umranken. Wohl erhalten sind die Bronzeplatten, die einzelne Gräber schmücken.

**Das Brennen von Kartoffeln** ist nach einer Bekanntmachung des württ. Ernährungsministeriums nur mit Erlaubnis der Landeskartoffelstelle zulässig. In der Regel wird die Genehmigung nur bei ungenüchbaren Kartoffeln erteilt.

**Der Genuß von Obst** übt auf den Körper wohlthätige Wirkung aus. So enthält der Apfel viel Eisen; von Bleichsüchtigen sollten Äpfel zur Unterstützung der Blutbildung besonders genossen werden. Der Apfel ist reich an Sauerstoff. Durch eine Kost von Äpfeln und Schrotbrot sind häufig gute Erfolge bei Nervenkrankheiten erzielt worden. Daß der Apfel als Verhütungsmittel bei mangelndem Schlaf gute Dienste leistet, ist bekannt. Die Birne enthält Kalk für die Knochenbildung und ist sehr nahrhaft, wie dies auch von Pflaumen und Kirichen wegen ihres Sauerstoffgehalts behauptet wird. Pfirsiche und Aprikosen regen die Lunge an und zwingen die Leber zur Gallenbelieferung. Weintrauben reinigen das Blut. Erdbeeren sind wegen ihres Porphorgehalts gute Nervenstoffe. Orangen und Zitronen töten Pilze und reinigen das Blut. Feigen und Datteln sind vorzügliche Nahrungsmittel. Auch Nüsse sind zu empfehlen, da sie Nierenstein geben. Die Tomaten sind ebenfalls Blutreiniger. Ihr Genuß ist bei Flechten usw. zu empfehlen.

**Werden die Zündhölzer billiger?** Das Reichswirtschaftsministerium soll mit der Zündholz-Industrie Verhandlungen über die Ermäßigung der Zündhölzer eingeleitet haben. — Das wäre höchste Zeit.

**Abbau der Preise im Musikalienhandel.** Vom 1. Okt. ab darf auf die Verlagswerke einer großen Anzahl von Musik-Verlagsfirmen künftighin kein Sortimentszuschlag mehr erhoben werden. Diese Bestimmungen



gilt auch für die noch vorhandenen Vorräte aus den betreffenden Verlagsgeschäften. Ein Verzeichnis dieser Firmen liegt in jeder Musikalienhandlung aus.

**Der wilde Stoffhandel.** Mit der kommenden Winterzeit taucht auch wieder jene Sorte von Stoffhändlern auf, die es verkehrt, durch Lügen der Landbevölkerung Stoffe aller Art aufzuschwatzen. Sie suchen vornehmlich abgelegene Dörfer auf. Einer der neuesten Tricks dürfte wohl der sein, daß sie nur ganze Posten für 1000 Mark und mehr geschlossen abgeben. Als Lockspeise bieten sie meist Hemdentuch das Meter um 4 bis 5 Mark an, das sie aber nur abgeben, wenn ihnen der ganze Posten abgenommen wird, worunter meistens Anzugstoffe für 100 Mk. das Meter sind, die aber nur 30—50 Mk. wert sind.

**Meinshenschmuggel.** Das Schmuggelgeschäft an der Schweizer Grenze ist durch eine andere Verdienquelle abgelöst worden, indem Leute, die mit der Grenzgegend besonders vertraut sind, die Einreisenden gegen entsprechende Bezahlung bei Nacht und Nebel über die

Schweizer Grenze bringen. So sollen sich z. B. in Griesen bei Waldshut an der badisch-schweizerischen Grenze eine Anzahl von Personen mit diesem Handwerk befassen.

**Die Bannbulle gegen Luther von 1520 im württembergischen Staatsarchiv.**

Nachdem Prof. Dr. Kalkoff in Breslau darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Sattler in seiner Geschichte des Herzogtums Württemberg die Bannbulle gegen Luther nach einem Original abgedruckt hat, haben Nachforschungen zu dem Ergebnis geführt, daß die im württembergischen Staatsarchiv befindliche Ausfertigung auf Pergament mit anhängendem Bleisiegel wohl die einzige erhaltene Urschrift der Bulle darstellt. Wir wissen von drei Originalausfertigungen: die eine hat der Kardinal Alexander für Karl V. nach Spanien mitgebracht, zwei hat Dr. Johann Ed nach Deutschland gebracht, von denen die eine, vielleicht auch die zweite, nach der Veröffentlichung nach Rom zurückgeschickt worden ist. Es ist anzunehmen, daß Karl V. das ihm

zugefallene Original seinem Bruder, dem Erzherzog, späteren König Ferdinand I. übermittelte, der seine Stelle in Deutschland vertrat und während der Vertreibung Ulrichs auch Regent und bald Herzog von Württemberg wurde. Durch ihn wird die Urkunde nach Stuttgart gekommen sein, wo nach seiner Weisung sein Statthalter auf Grund der Bulle am 26. November 1522 ein Ausschreiben gegen Luther erlassen hat. Sie ist nach Ulrichs Rückkehr dort geblieben, zusammen mit einer Bulle von 1523, die sich ausdrücklich auf Gebiete Karls V. und Ferdinands bezieht. Sie ist von einer Hand aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in einem Verzeichnis des Staatsarchivs eingetragen, was Luther am 10. Dezember 1520 verbrannt hat, war jedenfalls ein gedrucktes Exemplar, wie sie in Rom und in Deutschland gefertigt worden sind. Das Original der Bannbulle kam während dieser Woche im Staatsarchiv in Stuttgart (von 11—12 Uhr), zu anderen Stunden ausnahmsweise durch Vermittlung eines Beamten) besichtigt werden.



**Damen- und Mädchen-Bekleidung.**  
Mäntel, Kostüme, Taillekleider,  
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.  
**C. Berner, Pforzheim,** Ecke Metzger- u. Blumenstr.

**Gummistiefel**

werden am Mittwoch auf dem Lebensmittelamt abgegeben.  
Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

**Konsum- u. Sparverein Wildbad und Umg., G. m. b. H.**

Von heute nachmittag 2 Uhr ab kann noch Kraut abgegeben werden.

Sämtliche bestellten Kartoffeln können abgeholt werden am Bahnhof.

Pünktliches abholen ist dringend notwendig.

Die Verwaltung.

**Filderkraut**

Ztr. Mk. 15,

zu haben im Laden von

R. Chierгато.

**Neue**

**Wohnzimmer-Einrichtung:**

Büffet, Auszieh-Tisch, 4 Zimmerstühle und Näh-Tischchen,

alles massiv eichen, zum Preise von Mk. 5000.— (sehr preiswert) zu verkaufen.

Auskunft durch die Tagblattgeschäftsstelle.

**Bettfedern-Reinigung**

in oder ausser dem Hause wird jederzeit besorgt bei

**Michael Wengert** im Hestlach bei Haag

**Empfehle mich im Putzmachen!**

Spezialität:  
Fassonieren älterer Hüte!  
**Fr. Amalie Kuhn,**  
Haus Palmengarten 1. St.

Schöne  
**2 Zimmer-gegen-3 Zimmer-Wohnung**  
zu vertauschen.  
Näheres in der Exped.

**Herren Stärke-Wäsche**  
liefert in 8—10 Tagen  
**Grosswäscherei Schorpp.**  
Annahmestelle:  
**Witwo Volz**  
Wildbad  
Wilhelmstr. 91.

**Möbel**  
speziell ältere, gut erhalten (auch reparaturbedürftig), sowie Altentümer  
kauft zu den höchsten Preisen  
Kunsthdlz. **Baumann.**

**Neue Säcke**

aus garantiert reinen Friedensstoffen, Frucht- u. Rehsäcke, ca. 2½ Zentner fassend, Mk. 16.—, Obst- u. Kartoffelsäcke, ca. 2 Ztr. fassend, Mk. 14.50 per Sack versendet  
**S. König, Essingen**  
bei Aalen.

**Canzstunde Hofmann.**

Dienstag abend 8 Uhr im Gasth. zur „Eisenbahn“.

Wildbad.  
**Beleuchtungskörper, Glühlampen, Taschenlampen mit Akkumulator Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate, Glühplatten, Heiz-Kissen**  
und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware empfiehlt  
697  
**Carl Hartmann**  
elektr. Installation u. mech. Werkstatt

**Geld** zu verleihen, keine Unkosten bei Ablehnung.  
**H. Berger, Berlin W. 15.**  
Vertreter gesucht.

**HELVETIA HAUS**  
**OTTO RAMGE jr.**  
IMPORT EXPORT  
HEILBRONN a. N. 1  
LAUFENBURG a. Rh. Baden u. od. Schw.  
HAMBURG a. E. 1

**Zigarrenhaus KLAG**  
Filiale Wildbad, Wilhelmstrasse 130.  
**Neu eingetroffen:**  
Sleipner-, Mercedes-, Blaupunkt-, Oberst-, Neuerburg-, Engelhardt- und Monopol-Zigaretten  
von 20 Pfg. an.  
Beachten Sie meine Schaufenster!

**Privat-Unterricht**  
in Englisch, Französisch und anderen Schulfächern, und Klavierunterricht für Anfänger wird erteilt.  
Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

**Drucksachen**

für jeden Bedarf ein- und mehrfarbig in feinsten Ausführung liefert rasch und preiswert

**Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.**